

# Der Fraktionsbrief

15.02.2018 | Informationen der CDU Fraktion im Kreistag Marburg-Biedenkopf | Ausgabe 01-2018



Liebe Parteifreunde,

unser 1. Fraktionsbrief im Jahr 2018 liegt vor Ihnen, in dem wir Sie über unsere vielfältige Arbeit und vor allen Dingen unsere Ergebnisse informieren möchten. Wir sind – zusammen mit unserem Koalitionspartner - auf einem guten Weg und orientieren uns vor Ort an der Sach- und Kommunalpolitik.

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf steht an der Spitze in Hessen bei den Themen Integration, Arbeitsmarkt und Finanzen. Zum 30.06.2018 werden wir die Kassenkredite abgebaut haben, die vor 6 Jahren bei 121 Mio. € lagen. Daher können wir uns über 24 Mio. € aus der Hessenkasse freuen, die wir überwiegend für die Sanierung und den Ausbau von Schulen und Straßen einsetzen möchten.

Meine Fraktionskolleginnen, -kollegen und ich sind Kommunalpolitiker mit Leib und Seele und wir werden uns auch in diesem neuen Jahr weiter für die Belange der Bürgerinnen und Bürger einsetzen.

Herzliche Grüße

Ihr Werner Waßmuth  
Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion

## KREISTAGSKOALITION BEKRÄFTIGT AUSBAU DER A 49 UND FORDERT ENTLASTUNGSMASSNAHMEN FÜR NEUSTADT UND STADTALLENDORF WÄHREND DER BAUZEIT

4 Jahrzehnte seien für die Planung ins Land gegangen, so Manfred Vollmer für die CDU Kreistagsfraktion.



„Die CDU jedenfalls will die A 49 und wir brauchen die A 49 in unserem Landkreis für eine weitere positive wirtschaftliche Entwicklung sowie die Entlastung der Bürger. Jetzt steht endlich fest, dass die A 49 in den letzten Abschnitten VKE 20, 30 und 40 endlich gebaut werden kann. Ganz wichtig ist aber, dass rechtzeitig die Tieferlegung der B 454 in der Ortslage Stadtallendorf realisiert wird. Auch hier hat es in den letzten Jahren zahlreiche Verzögerungen - aus welchen Gründen auch immer - gegeben. Eigentlich hätte dieser Abschnitt längst erledigt sein müssen“, so Manfred Vollmer wörtlich.

Ganz besonders wichtig sei es, für die während der Bauzeit gesteigerten Verkehrsaufkommen in Neustadt und Stadtallendorf, insbesondere durch den Schwerlastverkehr, geeignete Maßnahmen zur Reduzierung vorzusehen.

Gleichzeitig seien geeignete Zwischenlösungen in Neustadt und Stadtallendorf nach Freigabe der

VKE 20 unverzichtbar, damit die Belastung der Bevölkerung deutlich in Grenzen gehalten und ein Verkehrschaos vermieden werde.

Hier sei die Landesregierung aufgerufen, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit eine Belastungsreduzierung während der Bauzeit eintrete.

Straßenbauarbeiten müssen möglich sein. Dann muss eben mit den Betriebsräten wegen der Arbeitszeit verhandelt werden. Volkswirtschaftlich ist eine deutliche Reduzierung der Durchführungszeit der Straßenbaumaßnahme in jedem Fall positiv zu bewerten.

## **ÖPNV – KREISTAG BESCHLIESST NAHVERKEHRSPLAN**

„Der öffentliche Personennahverkehr ist ein Garant für die Mobilität in unserem Landkreis. Züge und Busse ermöglichen es den Bürgerinnen und Bürgern, ihre Ziele umweltfreundlich und sicher zu erreichen“, sagte Werner Waßmuth während seiner Rede zur Verabschiedung des Nahverkehrsplanes in der Kreistagsitzung am 9. Februar 2018.



*Erster Kreisbeigeordneter Marian Zachow setzt auch privat auf den ÖPNV*

Die meisten Städte und Gemeinden seien werktags stündlich zu erreichen und selbst fast alle kleineren Dörfer seien im 120-Minuten-Takt erreichbar. Heute nutzten tagtäglich mehrere tausend Menschen im Landkreis die Busse und Züge auf dem Weg zur Arbeit, zum Einkaufen, zur Schule oder in ihrer Freizeit.

Es sei deswegen bei der Erarbeitung des Nahverkehrsplanes die Frage in den Vordergrund gestellt worden, was Menschen (be-) hindert, den Öffentlichen Nahverkehr zu nutzen und wie man mehr Menschen für den Nahverkehr begeistern könne. Um dabei aber nicht wie in einem Elfenbeinturm

nur mit ÖPNV-Experten darüber zu diskutieren, warum „die Anderen“ nicht auf den ÖPNV umsteigen, sei im Vorfeld auf einen umfassenden Bürgerdialog und verschiedene Beteiligungsformate gesetzt worden, mit denen auch diejenigen erreicht worden sind, die nicht (mehr) Kunden sind.

Werner Waßmuth: „Die zum Teil überraschenden Ergebnisse aus den Bürgerdialogen haben uns bewogen, dem aktuellen Nahverkehrsplan teilweise völlig neue Inhalte zu geben. Einhellig trat immer wieder hervor, dass es offensichtlich mehr Barrieren gibt, als man denkt, die Menschen von einer Nahverkehrsnutzung abhalten.“

Die Fortentwicklung des ÖPNV stelle deshalb einen zentralen Baustein der Kreispolitik dar, der die Eckpunkte der Ausrichtung des ÖPNV in den kommenden fünf Jahren vorgibt.

## **ÜBERNAHME DER KOMMUNALEN AUSFALLBÜRGERSCHAFT SICHERT START EINES INTERNATIONALEN SCHULZWEIGS IM LANDKREIS MARBURG-BIEDENKOPF**

Ein lang gehegter Wunsch aus vielen heimischen Unternehmen und der Philipps-Universität Marburg wird bald Wirklichkeit.

CDU Fraktionsvorsitzender Werner Waßmuth und Rose Marie Lecher (schulpolitische Sprecherin der CDU Kreistagsfraktion) und die gesamte Kreisfraktion ist sich mit dem 1. Kreisbeigeordneten Marian Zachow sicher, dass ein Bildungsangebot eines internationalen Schulzweigs praktische Wirtschaftsförderung ist.

In der Kreistagsitzung am 9. Februar 2018 wurde über die Zustimmung einer Kreisausschussvorlage zur Übernahme eines kommunalen Ausfallkredites über 2,5 Mio Euro bei Gesamtkosten von 6,5 Mio Euro für den Neubau eines Schulgebäudes des Landschulheims Steinmühle in Marburg-Cappel abgestimmt.

Rose Marie Lecher sprach sich in ihrer Rede im Kreistag für ein uneingeschränktes JA zur Beschlussvorlage aus. Gestartet wird der internationale Schulzweig mit einer Grundschule mit 16 Plätzen: je eine Hälfte für internationale Schüler und je eine für Kinder aus dem Landkreis. Unterrichtet wird in Deutsch und Englisch mit zwei Lehrern. Die Schüler werden eine höchst unterschiedliche Vorbildung und Anschlussprofile haben. Es wird nicht nach Leistungsfähigkeit unterschieden, die Schule ist offen für alle. Eine besondere päd-

gogische Herausforderung wird dabei sein, dass Schüler nach 2 bis 3 Jahren auch in der nachfolgenden Schule im Ausland zurechtkommen.

Gute Gründe für ein JA der CDU:

- **Finanzierung der Baumaßnahme ist gesichert – kein Ausfallrisiko für den Landkreis**

Der Fachbereich Finanzen des Landkreises hat das Ausfallrisiko sorgfältig geprüft und bewertet. Der Vorteil dieser Ausfallbürgschaft besteht für die Schule im Zinsvorteil, d.h. einer jährlichen Zinseinsparung von 8.000 Euro bei einer Zinsfestschreibung von 10 Jahren.

- **Ein internationaler Schulzweig bereichert das schon sehr differenzierte Profil unserer Schullandschaft im Landkreis.**

Immens ist der pädagogische Zugewinn für unsere Schullandschaft im Landkreis und der Stadt Marburg. Der internationale Schulzweig ist ein Bildungsangebot für Kinder internationaler Mitarbeiter und die, die es werden wollen. Die Klientel hat internationale Biographien. Schon jetzt haben 27 Familien ihr Interesse angemeldet. Der Bedarf ist immens.

- **Ein internationaler Schulzweig ist keine Frage von elitär, sondern eine Frage der Zukunftssicherung von Arbeitsplätzen und Firmenstandorten in unserem Landkreis, ist praktische Wirtschaftsförderung.**

Die Wirtschafts- und Forschungswelt wird immer globaler. Unternehmen in unserer Region stehen im Wettbewerb um die besten internationalen Mitarbeiter, bei Berufungsverhandlungen der Philipps-Universität ist das Bildungsangebot eine mitentscheidende Frage, ob die Familie mit nach Marburg-Biedenkopf zieht oder ob für den Job auch weite Strecken gependelt werden. Viele Unternehmen in unserem Landkreis haben Bedarfe angemeldet. Alle sind auf gut ausgebildete Arbeitskräfte aus dem Ausland und für ihre Auslandsniederlassungen vor allem im mittleren Management angewiesen. Für solche Fachleute spielt nicht nur die Qualität und Vergütung der Arbeit eine Rolle, sondern auch ein international anschlussfähiges Schulangebot.

- **Keine einzige Schule im Landkreis und der Stadt Marburg wird Einbußen haben, der internationale Schulzweig nimmt kei-**

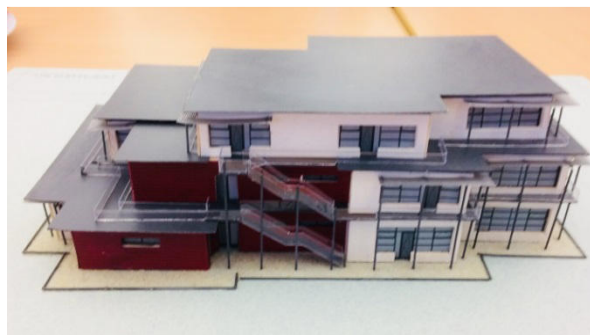
ner Schule etwas weg. Aus der Stadt Marburg werden diese Bedenken eingewendet. Fakt ist: keine andere Schule ist (bisher) bereit, diesen neuen Weg zu gehen. Für eine öffentliche Schule ist der Aufwand und Mehrbedarf an Lehrern kaum leistbar.

„Wir sollten uns freuen, dass so schnell unserem CDU-SPD-Antrag vom 24. März 2017 im Kreistag auf Einrichtung eines internationalen Schulzweiges in unserem Landkreis Taten folgen. **Unser Landkreis wird mit einem internationalen Schulzweig noch attraktiver als Standort zum Arbeiten und Wohnen**“, so Lecher. Der Kreistag stimmte einstimmig mit Ja für die Übernahme der Ausfallbürgschaft.



Hintergrund:

Das Landschulheim Steinmühle ist ein staatlich anerkanntes Gymnasium in freier Trägerschaft und fest verankert in der Region. Der Bauträger Schulverein Steinmühle ist solide aufgestellt; finanziert sich aus Gastschulbeiträgen, Schulgeld der Eltern und der Ersatzschulfinanzierung des Landes Hessen. Das neue Gebäude wird für den Mehrbedarf der Schule in der Mittelstufe (Klassen 7-10) und den internationalen Schulzweig mit Platz für bilingualen Unterricht gebraucht. Der Mehrbedarf für den internationalen Schulzweig beträgt etwa die Hälfte der Gebäudefläche. Mit dem Rohbau ist bereits im September 2017 begonnen worden. Der Start des Schulzweigs ist für das Schuljahr 2018/19 geplant.



Die Steinmühle wird mit einer Grundschule in Wetzlar kooperieren, deren Schüler dann in die Steinmühle ab der 7. Klasse bilingual bis Klasse 10 unterrichtet werden mit dem Ziel eines mittleren Abschlusses. Im Herder-Gymnasium in Gießen haben Schüler Anschlussfähigkeit für die Mittel- wie auch die Oberstufe.

Der Arbeitskreis Schule der CDU Kreistagsfraktion war mehrmals in der Steinmühle zu Informationsbesuchen (auch mit dem SPD-Koalitionspartner) und pflegt regelmäßigen Kontakt mit der Schulleitung wegen der Einrichtung eines internationalen Schulzweiges. Bei den vielen Firmenbesuchen des Arbeitskreises Wirtschaft der CDU Kreistagsfraktion wird seit langem solch ein Bildungsangebot in unserem Landkreis gewünscht.

## **KREISKOALITION AUS CDU UND SPD BESCHLIESST DIGITALISIERUNGSCHECK FÜR SCHULEN**

Auf Antrag der Kreiskoalition hat der Kreistag in seiner Sitzung am 09. Februar 2018 einen Digitalisierungsscheck für alle Schulen in Trägerschaft des Landkreises Marburg-Biedenkopf beschlossen.

„Wir wollen unsere Schulen, unsere Schülerinnen und Schüler fit für die Zukunft machen“, erklärt der schulpolitische Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion Dr. Horst Falk.



Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD für die nächste Bundesregierung sind 3,5 Mrd. Euro für die laufende und 1,5 Mrd. Euro für die nächste Legislaturperiode vorgesehen. Diese Gelder werden den Schulträgern über die Länder für die IT-Ausstattung der Schulen zusätzlich zur Verfügung gestellt, erläutert Dr. Falk weiter. Ziel des Digitalpaktes ist es, dass spätestens im Jahr 2021 jede Schülerin, jeder Schüler zu jeder Zeit, wenn es im Unterricht pädagogisch sinnvoll ist, auf das Internet zugreifen kann. Wir brauchen dazu einen schnellen Internetzugang für alle Schulen und W-LAN-in allen Klassenzimmern, fordert Horst Falk. Neben dem W-LAN-Ausbau an Schulen, muss aber

auch der Ausbau der etablierten digitalen Technik, vorangetrieben werden. Wir brauchen einen Mindeststandard für Schulen, so Dr. Falk. In jedes Klassenzimmer gehören ein Beamer und Audioboxen, fordert Falk. Gerade in Grundschulen sei die IT-Ausstattung in den Klassenräumen optimierungsbedürftig.

„Wir wollen mit diesem Digitalisierungsscheck abklären, welche IT-Ausstattung in den jeweiligen Schulen vorhanden ist, wie die Einbindung in den Unterricht und die Konzeption der Schule aussieht. Darauf aufbauend soll ein IT-Plan für die Digitalisierungsoffensive des Landkreises gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt und den Schulen aufgestellt werden“, so Dr. Falk abschließend.

**Lesen Sie in Teil 2 im nächsten Fraktionsbrief: Tablet oder PC? Wie sieht die Medienbildung der Zukunft aus?**

## **LINKEN-ANTRAG ABGELEHNT - ABSCHIEBUNGEN NACH AFGHANISTAN UND NACH PAKISTAN SIND RECHTLICH ZULÄSSIG**

Die CDU-Fraktion hält Abschiebungen nach Afghanistan und Pakistan rechtlich für zulässig. Sie sind nach ihrer Einschätzung bei Vorliegen der Voraussetzungen auch zwingend durchzuführen. Als Entscheidungsgrundlage dafür diente den Politikern das Stattfinden einer dauernden Untersuchung und Einschätzung durch das Bundesinnenministerium in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt.

In seiner Rede im Kreistag sagte Manfred Vollmer: „Die von den ‚Linken‘ aufgestellte Forderung, geflüchteten Menschen aus diesen Ländern zu helfen und Abschiebungen zu verhindern, führt ins Leere und bedeutet die Aufforderung zum Rechtsbruch durch die entsprechenden Behörden mit ihren Mitarbeitern. Das müsste dann auch zwangsläufig disziplinarische Maßnahmen nach sich ziehen.“

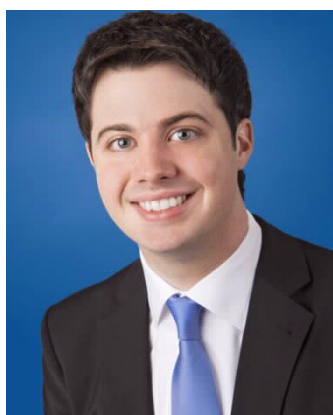
## **VERBESSERTE VERBINDUNGEN DURCH MEHR MOBILITÄTSGERECHTIGKEIT - GROSSE KOALITION BRINGT MITEINANDERTICKET MARBURG-BIEDENKOPF AUF DEN WEG**

**Marburg** – Nach Initiative durch die Liga des Diakonischen Werkes Marburg-Biedenkopf sowie der Liga der freien Wohlfahrtverbände wurde einstimmig und in Kooperation mit dem Rhein-Main-

Verkehrsverbund für die Dauer von rund 12 Monaten die Durchführung des Modellprojekts „Miteinanderticket Marburg-Biedenkopf“ im Kreistag beschlossen.

Das Miteinanderticket wird einerseits als individuelle oder solidarische Variante angeboten. „Im Rahmen der individuellen Variante werden in Kooperation mit dem RMV vergünstigte Zeitkarten im Rahmen des Großkundenangebots durch die Sozialverbände ausgegeben. In Bezug auf die solidarische Variante werden für Testregionen des Landkreises übertragbare Jahreskarten der Preisstufe 4 organisiert und in entsprechenden Ausgabestellen vorgehalten, um sie tageweise auszugeben,“ erläutert CDU-Fraktionschef Werner Waßmuth.

„Unser Projekt ist insbesondere an diejenigen Mitbürger adressiert, die aufgrund eines niedrigen Einkommens weniger mobil sind und nur eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben in unserer Region teilnehmen können. Hiermit erreichen wir ein höheres Maß an Mobilitätsgerechtigkeit, das insbesondere in einem Flächenlandkreis wichtig ist“, freut sich der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Weigel.



## REB RICHTER ELEKTRO GMBH & CO. KG IN BIEDENKOPF – EXZELLENTES KNOW-HOW IN UNSERER REGION



Die CDU-Kreistagsfraktion besuchte das inhabergeführte Unternehmen REB Richter Elektro GmbH & Co. KG in Biedenkopf. Geschäftsführer und Gründer Frank Richter empfing die Kommunalpolitiker. Das Unternehmen, dessen Schwerpunkt im Bau von Schalt- und Steuerungsanlagen für die Maschinenbauindustrie liegt, sei sehr gut ausgelastet, berichtete Herr Richter. Der Unternehmer beabsichtigt den Bau einer weiteren Fertigungshalle und setzt auf regelmäßige Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um das exzellente Know-how des Unternehmens weiterzuführen. Er berichtete, dass REB starke Partnerschaften mit zufriedenen Kunden und Lieferanten, wovon sich zahlreiche im Kreis Marburg-Biedenkopf befinden, eingegangen ist. Die Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion erfuhren zudem, dass das Unternehmen einige Vereine der Region finanziell wie ideell regelmäßig unterstützt.

Werner Waßmuth, Fraktionsvorsitzender, sagte am Ende des Besuches: „Ich finde es außergewöhnlich, wie gut Ihr Unternehmen seit vielen Jahren funktioniert und auch in die Wirtschaftlichkeit der Partnerfirmen wirkt. Und dass Sie auch das Vereinsleben großzügig unterstützen, begeistert uns als Kommunalpolitiker natürlich sehr.“

## SPITZENSport VOR ORT CDU-FRAKTION BESUCHT KTV OBERE LAHN E. V.



**Biedenkopf** – Begleitet von Finanzminister Dr. Thomas Schäfer und dem Ersten Kreisbeigeordneten Marian Zachow haben Vertreter der CDU-Kreistagsfraktion den KTV Obere Lahn e. V. besucht. Gemeinsam mit den Schulleitern der Beruflichen Schule und des Gymnasiums Karl Heinz Schneider und Dr. Eberhard Scholl besichtigten sie die Trainingsstätte und erhielten einen Überblick über die vielfältigen Aktivitäten des Sportvereins.

Sportwart Albert Wiemers informierte die Besucher eingangs über die Historie des Vereins, der

1992 als Zusammenschluss mehrerer Vereine entstand und seitdem Kunstturnen auf Spitzenniveau ermöglicht. Das Engagement und die Erfolge der vergangenen Jahre erlauben es den Kunstturnern heute auf Bundesliga-Niveau anzutreten. Auch der Olympia-Sieger von 2016, Fabian Hambüchen, gehört zur Turner-Rieger der Biedenköpfer Sportler.

CDU-Fraktionschef Werner Wassmuth lobte die herausragenden Leistungen der Kunstturner: „Hier findet Sport auf Spitzenniveau direkt vor unserer Haustür statt. Damit verbunden ist neben der beeindruckenden Disziplin der Turner vor allem ein großartiges Engagement von Trainerstab und Vereinsvorstand. Sie sind damit ebenfalls wichtige Vertreter unserer Region in der gesamten Bundesrepublik.“

## **ERSTER KREISBEIGEORDNETER MARIAN ZACHOW**



### **ÜBRIGENS...**

*..hat die Oberhessische Presse zum Thema der illegalen Einreise der nach Sizilien abgeschobenen Somalierin Samia die Entscheidungen unseres Kreisbeigeordneten nicht vollständig wiedergegeben:*

*Keineswegs war es so, dass Marian Zachow „an einem runden Tisch nach Lösungen gesucht hätte, um Abschiebehaft zu vermeiden“. Fakt ist vielmehr: Marian Zachow hat unmittelbar nach dem er davon Kenntnis bekommen hat, dass sie sich im Kreishaus aufhält, persönlich den Kontakt zur Polizei gesucht hat. Damit sie aber in dieser komplizierten Situation nicht komplett auf sich allein gestellt war, hatte er gleichzeitig einen der Sozialarbeiter gebeten mit der Diakonie Flüchtlingsberatung wegen eines Beistandes Kontakt aufzunehmen.*

*Die eingetroffenen Vertreter der Flüchtlingsberatung haben dann an einem runden Besprechungstisch im Büro des Ersten Beigeordneten ein Gespräch mit Vertretern der Ausländerbehörde des Landkreises geführt. Dieses Gespräch wurde von Marian Zachow geleitet, ohne jedoch in irgendeiner Form inhaltlich Partei zu ergreifen. Der Rechtsanwalt hat daraufhin für seine Mandantin eine laufende Klage zurückgezogen, damit ein Folgeantrag gestellt werden kann. Bei Folgeantragstellung liegt die Entscheidungskompetenz beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Natürlich hat der Landkreis wegen der illegalen Einreise und des illegalen Aufenthaltes Strafanzeige gestellt. „Selbstverständlich organisiere ich keine runden Tische, um Abschiebungen zu verzögern,“ so der Erste Beigeordnete Zachow. „Wo ein rechtstaatliches Verfahren abgeschlossen worden ist, muss der Rechtsstaat sich auch durchsetzen.“ Ihm sei es in dieser konkreten Situation vor allem darum gegangen, die Situation sachlich und unaufgeregt zu gestalten.*